

Auch die Rentnerinnen und Rentner sollen sparen helfen

Autor(en): **Villiger**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **76 (1998)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-724345>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

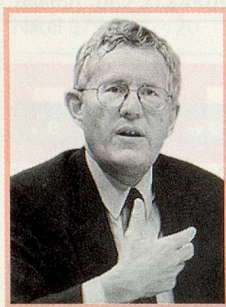
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Auch die Rentnerinnen und Rentner sollen sparen helfen

Bundesrat Villiger hofft bei der Abstimmung am 7. Juni über das «Haushaltziel 2001» auf die Senioren und Seniorinnen: Gerade die ältere Generation habe ein Gespür dafür, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt.

Herr Bundesrat Villiger, mit dem Haushaltziel 2001 wollen Sie das Schuldenwachstum bremsen. Seniorinnen und Senioren müssen dabei auch einen Teil beitragen. Glauben Sie, die älteren Menschen in der Schweiz haben dafür Verständnis?



Ich bin überzeugt, dass gerade die ältere Generation ein feines Gespür dafür hat, dass es mit der gegenwärtigen Verschuldungswirtschaft so nicht

weitergehen kann. Sie sind ja zu einem grossen Teil in einer Zeit aufgewachsen, als sparsames Haushalten noch ein Gebot war. Auch der Bund kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Leider ist diese goldene Regel vor allem in den 90er Jahren nie eingehalten worden.

Warum bittet man Rentner zur Kasse statt die kapitalkräftigen Spekulanten und Steuerparadiesgäste? Viele sind doch auf die AHV und den Angleichrhythmus von zwei Jahren angewiesen.

Im Bundesrat und am runden Tisch hat man die AHV weitgehend geschont und die Interessen der Rentner sehr hoch gewichtet. Natürlich leistet auch die AHV einen Beitrag. Aber gemessen an dem, was andere auf den Tisch legen müssen, ist das AHV-Opfer bescheiden.

Und es leistet gleichzeitig einen Beitrag zur Sicherung des AHV-Fonds. Ich fasse kurz zusammen: Die Rente wurde nicht angetastet. Die dreijährige Anpassung kommt nur, wenn die Teuerung unter 4% liegt. Im Parlament wurde ein weiteres Mehrwertsteuerprozent für die AHV bewilligt. Und generell gilt das Motto, dass die «normale» Bundeskasse mit Sparen ins Lot kommen soll, damit künftige Mehreinnahmen vor allem in die Sozialwerke fliessen können. Das heisst, dass sich alle zugunsten der AHV einschränken. Am meisten sparen das Militär und die Kantone. Und die von ihnen erwähnten Ungerechtigkeiten bei den Steuern werden ebenfalls behoben. Ich darf in guten Treuen sagen, dass wir den Sorgen der Rentnerinnen und Rentner wirklich Rechnung getragen haben.

Besteht nicht die Gefahr, dass durch den Dreijahresrhythmus bedingt mehr ältere Menschen EL-berechtigt werden, dass also Einsparungen auf der AHV-Ebene durch die Zunahme der EL zum Teil wieder wettgemacht werden?

Nein. Denn der Anpassungsrythmus von EL und AHV ist gekoppelt. Das bedeutet, dass die Berechtigungsgrenze für die EL ebenfalls erst nach drei Jahren erhöht würde. Es gibt also keine zusätzlichen EL-Bezügerinnen und -Bezüger, sodass auch keine zusätzlichen Leistungen ausgeschüttet werden. Die Ausdehnung auf den dreijährigen Anpassungsrythmus wirkt sich nur bei relativ schwacher Teuerung aus. Steigt die Teuerung über vier Prozent, müssen die Renten früher erhöht werden.

Aber glauben Sie nicht, dass den Rentnerinnen und Rentnern eine gesicherte AHV-Rente mehr am Herzen liegt als gesunde Bundesfinanzen?

Man muss ganz klar sehen, dass gesicherte Sozialwerke mit einem finanziell zerrütteten Staat nicht vereinbar sind. Das beschlossene Mehrwertsteuer-Prozent bringt ja nur vorübergehend etwas Entlastung. Die finanziel-

len Probleme, welche die demographische Entwicklung mit sich bringt, sind damit keineswegs gelöst. Auch mit dem



Mehrwertsteuer-Prozent wird die AHV zwischen 1997 und 2001 3,5 Milliarden mehr ausgeben, als sie einnimmt. Die Herausforderungen, die nicht nur bei

der AHV, sondern im gesamten Sozialversicherungsbereich anstehen, können nur von einer soliden Basis aus angepackt werden. Ein hoch verschuldeter Staat hat hierzu viel zu wenig Handlungsspielraum.

Was genau verstehen Sie unter Handlungsspielraum?

Handlungsspielraum haben bedeutet, die staatlichen Mittel entsprechend den politischen Prioritäten einsetzen zu können. Wenn zum Beispiel die soziale Wohlfahrt an Wichtigkeit gewinnt, so muss es möglich sein, in diesem Bereich gezielt mehr Mittel einsetzen zu können. Genau dies wird aber um so schwieriger, je mehr Zinsen wir für unsere Schulden bezahlen müssen. In diesem Jahr wird der Bund rund 3,4 Milliarden an Schuldzinsen bezahlen müssen. 3,4 Milliarden sind eine fast schon unvorstellbar grosse Zahl. Mit 3,4 Milliarden Franken könnte der Bund beinahe 150 000 AHV-Maximalrenten bezahlen oder jede AHV-Rente mit jährlich 2700 Franken unterstützen.

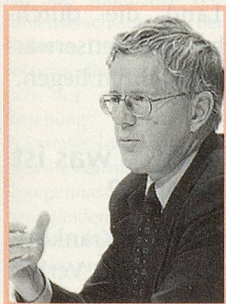
Aber nicht nur die Seniorinnen und Senioren profitieren, wenn wir den Haushalt wieder ins Lot bringen. Ich denke insbesondere auch an die jüngere Generation. Das Wohl ihrer Enkelkinder liegt unseren älteren Mitmenschen sicher genauso am Herzen wie ihr eigenes Wohl. Und es sind ja gerade die Jungen, die unter einer hohen Staatsverschuldung am meisten zu leiden haben werden. Sie werden die Sup-

pe auslöffeln müssen, die wir ihnen eingebrockt haben.

Wie soll das Ziel, das Schuldenwachstum zu bremsen, erreicht werden?

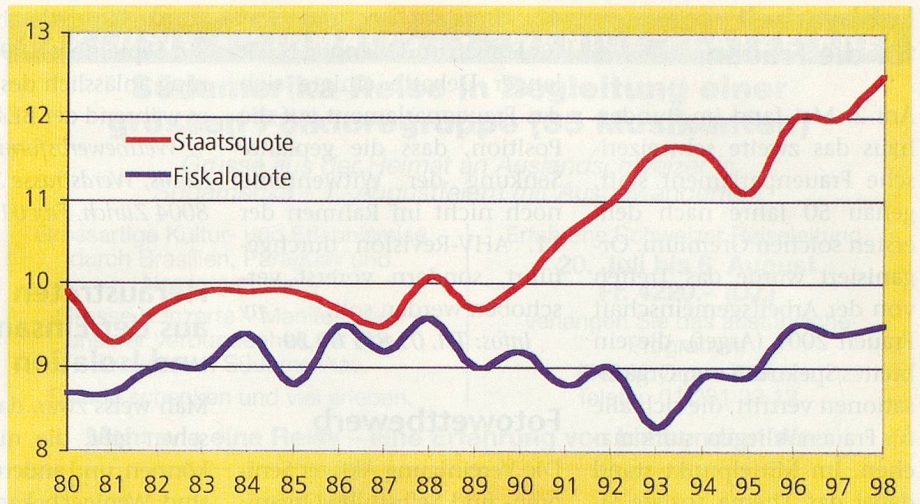
Das Haushaltziel 2001 ist der erste Schritt zu gesunden Finanzen. Es schreibt das zu erreichende Ziel, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt, verbindlich in der Verfassung fest. Es ist von zentraler Bedeutung, dass über dieses Ziel Einigkeit erreicht wird. Denn wenn wir nicht wissen, wohin wir wollen, werden wir auch keinen gemeinsamen Weg finden. Dieser Weg, also die konkreten Massnahmen zur Zielerreichung, wird in einem zweiten Schritt festgelegt. Um ein ausgewogenes und faires Massnahmenpaket zu schnüren, hat sich der Bundesrat mit den Sozialpartnern, den Kantonen und den Bundesratsparteien an einen Tisch gesetzt. – Natürlich behält das Volk bei den Massnahmen das letzte Wort. Die für zusätzliche Ausgabenkürzungen nötigen Gesetzesänderungen unterliegen dem fakultativen Referendum.

Beim Betrachten der berühmten «Einnahmen-Ausgaben-Schere» fällt auf, dass ab 1988 bis 1994 die Einnahmen nicht stiegen, sondern ziemlich stark fielen. Gerade in dieser Zeit nahmen die Ausgaben des Bundes stark zu. Ist es deshalb gesamtwirtschaftlich gesehen nicht effizienter, statt die nötigsten Sozialausgaben zu senken, die Einnahmen zu erhöhen?



Da muss ich Ihnen eine andere Zahl präsentieren. Von 1990 bis 1997 sind die Einnahmen um 20 Prozent gestiegen. Das ist mehr als die Teuerung.

Die Steuerzahler haben also mehr leisten müssen. Aber es ist massiv weniger als das Ausgabenwachstum: die Ausgaben haben nämlich um 40% zugenommen. Und wenn wir nur die Sozialausgaben anschauen, da beträgt das Wachstum von 1990 bis 1997 gar 87%. Diese Ausgabenexplosion zeigt deutlich, dass es so nicht weitergehen kann. Mehreinnahmen heisst ja im Klartext höhere Steuern. Und höhere Steuern



Einnahmen-Ausgaben-Schere beim Bund in Prozent des Brutto-Inland-Produkts.

Grafik: EDA

führen langfristig zu weniger Wachstum, zu weniger Arbeit und zu unsicheren Zuständen. Deshalb müssen wir aus eigener Kraft aus der Schuldenwirtschaft herauskommen. Aber wie gesagt: Die Bereitschaft, gut zur AHV zu schauen, haben wir bewiesen. Wenn jemand versucht, die Rentner gegen das wichtige Haushaltziel 2001 einzuspannen, dann kann ich das nicht verstehen. Denn wir haben den Tatbeweis erbracht, dass wir die AHV schonen und uns auch aus Respekt gegenüber der äl-

teren Generation an anderen Orten einschränken. Übrigens sind die Rentnerinnen und Rentner fast die einzigen, die einen gesetzlichen Anspruch auf den Teuerungsausgleich haben.

Die Fragen wurden Herrn Bundesrat Villiger schriftlich vorgelegt und auf dem Korrespondenzweg beantwortet.

Führt das EURO-Europa in die Lebens- und Renten-Krise?

Nichts wie weg in die KARIBIK

Der ideale Ferien- und Altersruhesitz – die solide Kapitalanlage bei Vermietung: Das Natur- u. Steuerparadies Dominikanische Republik

Über 30.000 Europäer residieren hier. Und es werden immer mehr

- In Cabarete, unter Palmen, direkt am weißen Strand, mit Blick auf's Meer und bester Infrastruktur im Umfeld, finden Sie im Tropenpark **SOL BONITO**
- Luxus-Terrassenwohnungen ab 84 m², edel möbliert, ab US\$ 89.500.- = US\$ 1.065.-/m² Wfl.
- Neubau-Traumvillen, z. B. 125 m² inkl. anspruchsvoller Teilmöblierung und Massivholz-Einb.-Kü. US\$ 99.800.-
- Bei Vermietung 7% Netto-Rendite (US\$) ●●●●
- Großer Süßwasserpool, deutsches Fernsehen, beste ärztl. Versorgung. Schon das wohlthuende warme Klima läßt viele Zipperlein vergessen. ● Sie können jederzeit Probe-wohnen bevor Sie sich entscheiden.

ROYAL MANAGEMENT AG, 3373 HEIMENHAUSEN
TEL. 062/961 56 26 FAX 062/961 66 32

Management vor Ort seit 18 Jahren.

Unabhängigkeit

mit dem **STANDARD-Begleitrollstuhl** zum Selberfahren oder mit Zusatzsteuerung für Begleitperson. Ab Fr. 9'450.- inkl. MWSt. Fordern Sie Unterlagen und Gratsdemo bei Ihnen!

POWER PUSH

Elektrorollstühle
6064 Kerns Tel. 041-660 96 66